

teien zur Vernichtung von Christen und Juden hat der prominente katholische Bischof von Faisalabad, John Joseph, eine friedliche Protestkampagne gestartet. Dies meldete am 30. Oktober die asiatische katholische Nachrichtenagentur 'UCA News'. Unter dem Motto "Gegen die teuflischen Kräfte des Terrorismus" sind die rund zwei Millionen Christen in Pakistan in den nächsten Wochen zu Kundgebungen und Fastenaktionen aufgerufen. Damit soll die pakistanische Öffentlichkeit gegen die Haßpropaganda der islamischen Extremisten mobilisiert werden. Auch von der Regierung in Islamabad verlangte der streitbare Geistliche, der bereits im August in der punjabischen Millionenstadt Faisalabad eine auch international beachtete Großdemonstration gegen das Blasphemie-Gesetz und die anhaltende Diskriminierung der religiösen Minderheiten organisiert hatte (siehe dazu auch 'Südasiens', 4-5/97 und den Beitrag von Susanne Thiel in dieser Ausgabe), sofortige Maßnahmen gegen die Verantwortlichen des Mordaufrufs. Bischof John Joseph selbst war in jüngster Zeit gleichfalls in die Schußlinie der Islamisten geraten. Vertreter islamistischer Splitterparteien verlangten in von der urdsprachigen Presse veröffentlichten Interviews wegen seines Engagements gegen das Blasphemie-Gesetz die sofortige Ausweisung des Christenführers. Vor weiteren Initiativen dieser Art wurde der Bischof in diesem Zusammenhang dringend gewarnt. Anderern-

falls drohten ihm "weitere Konsequenzen".

### Neue Tabus für TV-Produktionen

Die pakistanische Regierung hat in einem Rundschreiben die Fernsehanstalten des Landes angewiesen, sämtliche Sendungen von "moralisch anstößigen Inhalten und Einflüssen" zu säubern. Wie die pakistanische Presse berichtete, sind von den neuen Tabudirektiven, die demnächst auch als Gesetz verabschiedet werden sollen, vor allem die in der Fernseh-, Film- und Werbebranche arbeitenden Frauen betroffen. So werden in dem Papier die Sender aufgefordert, die Präsenz von Frauen auf dem Bildschirm zu reduzieren. Die Journalistenverbände und Mediengewerkschaften fürchten deshalb jetzt, daß eine Reihe von Journalistinnen und Moderatorinnen ihren Arbeitsplatz verlieren. Außerdem dürfen sich dem Rundschreiben zufolge weibliche Modelle - etwa in Werbespots - in Zukunft vor der Kamera nicht mehr über das Gesicht streichen, die Haare waschen oder an einem Eis lutschen. Darüber hinaus müssen Fernsehfilmproduzenten ab sofort darauf achten, daß weibliche und männliche Schauspieler in Filmszenen nur noch in gehöriger räumlicher Distanz zueinander zu sehen sind.

Der staatliche Fernsehsender PTV erhielt obendrein Order, die Programmstruktur unter moralischen Aspekten zu reformieren. Auf der Wunschliste der Regierung steht da-

bei die Produktion "pädagogisch wertvoller Programme, die sich im Einklang mit der pakistanischen Kultur befinden", wie Premierminister Nawaz Sharif kürzlich in einer Rede zur Medienpolitik in Pakistan formulierte. Ein betroffener Produzent klagte gegenüber pakistanischen Journalisten über die Vorstellungen der Regierung von der praktischen Umsetzung dieses Zieles: "Jetzt sollen wir kreative und interessante Sendungen über Sicherheit im Straßenverkehr oder Bürgersinn herstellen, oder darüber wie man richtig betet."

Der Vorstoß der Regierung mit dem Ziel, das Fernsehprogramm islamischen Normen und Tabuvorstellungen zu unterwerfen, werten Beobachter allgemein als Versuch, das in jüngster Zeit geschwundene Vertrauen des konservativ-islamischen Wählerpotentials zurückzugewinnen. Vor allem die 'Jamaat-i Islami' (JI) setzt der Sharif-Administration derzeit mit einer auf viel öffentliche Resonanz stößenden Protestkampagne gegen die "verrottete Demokratie" im allgemeinen und die als "gotteslästerliches, korruptes Regime" gebrandmarkte Regierung im besonderen zu. Die JI, die die Wahlen im Februar diesen Jahres boykottierte, will auf diese Weise nach eigenen Angaben in den letzten sechs Monaten mehr als eine Million neue Mitglieder gewonnen haben. Für weiteren Zulauf sorgte dabei in diesem Herbst die Ankündigung der JI-Führung, auch in Zukunft nicht mehr an Wahlen teilnehmen zu wollen.

## Tagungsbericht:

### Wirtschaftskooperation zwischen Pakistan und Deutschland

Zumindest für zwei Tage erschien Berlin als deutsches Zentrum der Pakistanforschung und -diskussion. Im Rahmen der "Asien-Pazifik-Wochen Berlin 1997" hatte die 'Deutsch-Pakistanische Gesellschaft' am 16. Oktober ins 'Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung' eingeladen. Ihre Tagung drehte sich um "Globalization, Development and Business Co-operation between Pakistan and Germany". Am folgenden Tag veranstaltete die 'Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin', in Zusammenarbeit mit der 'Deutsch-Pakistanischen Gesellschaft' eine Tagung über "Sozio-ökonomische Entwicklungsprozesse in Pakistan". Sie begann mit einem Abendvortrag von Hermann Kreutzmann (Erlangen) zum Thema: "50 Jahre Pakistan - Identitätsbildung und Entwicklungschancen".

Die erste Veranstaltung befaßte sich ausschließlich mit wirtschaftlichen Aspekten, ausgehend von der Frage, wie das Entwicklungsland Pakistan seine Wirtschaftsprobleme erkennen und durch internationale Zusammenarbeit lösen kann. Nach ersten Vorträgen zur Globalisierung im allgemeinen (Udo Simonis, Wissenschaftszentrum Berlin) sowie zu den deutsch-pakistanischen Wirtschaftsbeziehungen (Talat Mahmood, Wissenschaftszentrum Berlin) befaßten sich die folgenden Beiträge mit speziellen Themen: die Bedeutung von Managementinstitutionen in der pakistanischen Wirtschaftsentwicklung (Wasim Azhar, Lahore University of Management Sciences); die technische Zusammenarbeit und der Technologietransfer (Frau Shirley van Buiren, GTZ, Esch-

born); Perspektiven deutscher Wirtschaftspromotion in Pakistan (Christian Ruck; MdB, Bonn); das "Prime Minister 2010 Program for Development in Pakistan" (Ahsan Iqbal, Minister of State for Planning and Development, Islamabad); die Arbeit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (Thomas Henke, KfW) sowie die Finanz- und Investitionsberatung für deutsche Unternehmen (Klaus Schütte, DEG, Köln). Einen besonderen Schwerpunkt legten die Veranstalter somit auf Kooperationsmöglichkeiten und Investitionschancen auf Unternehmerebene.

Die zweite Veranstaltung verfolgte einen thematisch breiteren Ansatz, der zudem die 50jährige Entwicklung des jungen Staates seit der Unabhängigkeit bilanzierte. Die erste Sitzung war ebenfalls ökonomischen Themen gewidmet, wobei Wolfgang Zingel (Südasiens-Institut Heidelberg) "Pakistan auf der Suche nach seiner wirtschaftspolitischen Ordnung?" vorstellte. Talat Mahmood (Wissenschaftszentrum Berlin) referierte über "Stand und Perspektiven der pakistanischen Wirtschaft", Manzurul Haq (KSB Pumps Co Ltd., Lahore) über "Ausrichtung und Konsequenzen der Wirtschaftspolitik in Pakistan" und Hermann Kreutzmann (Universität Erlangen) über "Demographische Probleme und Impulse für eine regionalistische Bewegung".

Zingel schloß mit der Feststellung, daß die pakistanische Wirtschaftspolitik überwiegend sehr pragmatisch sei, weder mit einer wirklich sozialistischen noch islamischen Ausrichtung und wiederholt von Ad-Hoc-Entscheidungen geprägt. In



der anschließenden Diskussion zu den beiden ersten Vorträgen wurden vor allem die Potentiale der pakistanischen Exporte sowie die innenpolitische Belastung durch die hohen Militärausgaben und Mängel in Schul- und Berufsausbildung aufgegriffen. Zudem fehle in Pakistan ein Technologie-Institut, mit dessen Hilfe die Modernisierung der pakistanischen Wirtschaft unterstützt werden könnte. Haq stellte die Perspektive der Unternehmen vor und zeigte Schwachpunkte der bisherigen Wirtschaftspolitik, insbesondere bei Zöllen und Steuern, auf, die auch ausländische Investoren betreffen und zur Aufgabe zwingen könnten. Gegenüber Mahmood, der unter globalen Aspekten vor allem den Dienstleistungs- und Softwaresektor als zukünftigen wirtschaftspolitischen Schwerpunkt herausstellte, sah Haq insbesondere in industriellen Aktivitäten entscheidende Potentiale sowohl für die Wirtschaft wie auch für den Arbeitsmarkt Pakistans. Deren Realisierung hinge jedoch insbesondere von höheren Ausbildungsanstrengungen sowie Politik- und Verwaltungsreformen ab. In der Diskussion wurde betont, daß der Staat sich zunehmend aus der unmittelbaren Industrieplanung zurückziehen solle, um stattdessen die Rahmenbedingungen von Wirtschaftsrecht, Infrastruktur und Bildungspolitik zu verbessern. Dies wurde letztlich auch vom anwesenden Planungsstaatssekretär Ahsan Iqbal aufgegriffen, der den Bedarf an "Humankapital"-Investitionen und "Capacity Building" betonte und die Industrieländer um deren Erfahrungen mit der Herausforderung der Globalisierung bat.

Nach den Ausführungen von Kreuzmann folgte Pakistans Bevölkerungswachstum in der Vergangenheit stets den Szenarien mit den "schlimmsten Annahmen" (worst case scenario), wobei jedoch bis in die 90er Jahre die Raten des Wirtschaftswachstums die des Bevölkerungszuwachses stets übertrafen und die Kaufkraft anstieg. Er schloß seinen Vortrag mit einem Plädoyer für die stärkere Berücksichtigung sozialer, anstelle der primär ökonomischen, Aspekte in der Entwicklungsdiskussion und verwies auf jüngst in Pakistan erschienene Sozialberichte, die hierbei einen großen Nachholbedarf aufzeigten. In der Diskussion wurden das Potential sowie insbesondere die Akzeptanz der Familienplanung im muslimischen Kontext kontrovers vertreten sowie die Hintergründe und die Bedeutung der erneut verschobenen Volkszählung aufgegriffen.

Die zweite Sitzung widmete sich ethnischen und sozialen Themen mit Beiträgen von Bernd Glatzer (Zentrum Moderner Orient) über "Die ethnische Vielfalt Pakistans: Gefahr oder Chance für die Zukunft?"; Frau Kirsten Koop (FU Berlin) zur "Weltmarktproduktion auf Kosten der Kinder - Kinderarbeit in der pakistanischen Teppichwirtschaft" sowie Georg Pfeffer (FU Berlin) über "Religiöse und ethnische Grenzen in der pakistanischen Politik" (siehe dazu auch den Sonderteil "50 Jahre Unabhängigkeit in dieser Ausgabe).

Glatzer zeigte, ergänzend zu Kreuzmann, Probleme der Ethnizität in Pakistan an Beispielen der Volksgruppen, Sprachen und Religionen in Baluchistan und Karachi auf. Deren, als ethnisch verstandene, Konflikte sind für ihn primär Konflikte um Ressourcen, und ethnische Faktoren erschienen dabei als Folge und nicht als Ursache. Sobald diese aber von den betroffenen Gruppen als ethnische Konflikte verstanden oder instrumentalisiert würden, schaffe dies neue Fakten, deren politische Lösung immer schwieriger werde. Die Diskussion um die Volkszählung in Baluchistan diene als ein Fallbeispiel, da dort bestimmte Gruppen die Volkszählung oder einzelne Zuordnungen nach Ethnien ablehnten, um den Mengenproporz und damit die Machtfrage oder Ressourcen-zuteilung nicht in Frage zu stellen. Glatzer warnte schließlich eindringlich vor weiteren Gebietsteilungen entlang vermeintlicher ethnischer Grenzen, da diese erfahrungsgemäß keine Probleme lösten, sondern eher neue schaffen würden.

Zur Problematik der Kinderarbeit und vor allem zur wirtschaftlichen Lage der betroffenen Familien im ländlichen Raum liegen nach den Recherchen von Koop keine ausreichenden Informationen vor. Dies treffe ebenfalls auf die Profitmargen im Kontraktssystem zu. Auf Basis eigener Erhebungen im Punjab zeigte sie die vielfältigen Verflechtungen der Teppichherstellung und -vermarktung auf, deren Produktion zu rund 70 Prozent in Heimarbeit erfolgt. Hierin liege eine entscheidende Schwachstelle möglicher Lösungsansätze, wie in der Diskussion auch durch Erfahrungen der "Rugmark"-Labelkampagne in Indien bestätigt wurde. Kontrollen der Kinderarbeit wie auch der vorgesehenen Ersatz- oder Hilfsmaßnahmen seien nur schwer möglich. In Pakistan komme es oftmals sogar zur Überlagerung internationaler Initiativen, die nicht gegenseitig abgestimmt würden. Da die Einkommen der Kinder meist überlebensnotwendig seien, wurde keine vollständige Abschaffung der Kinderarbeit gefordert. Einzig in der Fußballproduktion um Sialkot gebe es Ansätze, solche Arbeiten an Erwachsene zu übertragen.

Pfeffers Vortrag griff mehrfach die Frage auf, wer in Pakistan beziehungsweise in Südasien die Muslime politisch veretrete, wobei er betonte, daß diese Frage nicht wirklich beantwortet werden könne. Pfeffer unterschied zwischen alltäglicher Frömmigkeit der Muslime und der formell nur geringen Bedeutung fundamentalistisch-religiöser Parteien in Pakistan, wobei beide Aspekte, zumindest indirekt, auch politische Bedeutung und Einfluß haben. Anschließend zeigte er die ethnischen Hintergründe von politischen Fraktionsbildungen der pakistanischen Regierungen und Oppositionsblöcke sowie der Diktaturen auf. Bestimmte Clane oder auch Einzelpersonen nahmen demnach in oft wechselnden Koalitionen bis in die Gegenwart entscheidenden Einfluß, insbesondere auf die Innenpolitik.

In der Podiumsdiskussion mit Shirley van Buijen, Klaus Schütte und Wolfgang Zingel wurden verschiedene Einzelaspekte des Rahmenthemas von "sozio-ökonomischer Entwicklung" aufgegriffen. Die bestmögliche Nutzung der vorhandenen Ressourcen sowohl in der Industrie, der Agrarforschung wie auch im Sozial- und Bildungssektor war ein gemeinsamer Tenor der Kurzvorträge und Diskussionsbeiträge. Hierzu wären neben dem Wissenstransfer aus Industrieländern vor allem Investitionen und Reformen in Schul- und Berufsausbildung erforderlich, die auch eine neue bedarfsorientierte Ausrichtung der Ausbildung und die Abkehr von deren kolonialen Strukturen beinhalten müsse.

Hinsichtlich der Energiepolitik wurde auf noch ungenutzte Potentiale in der Wasserkraftnutzung mit Kleingeneratoren sowie in der Kohleförderung verwiesen, wobei auch deutsche Interessen deutlich benannt wurden. Diese dürften sich jedoch allein aus Kostengründen nicht auf den Verkauf einzelner Komponenten beschränken, sondern müßten gezielt die lokale Herstellung von Ausrüstungsgegenständen fördern. Für den Energiesektor wurden zudem ordnungsrechtliche Fragen aufgegriffen, da gerade bei der Stromversorgung enorme finanzielle Einbußen durch Mißmanagement und politische Einflüsse auftreten, die allein durch eine Privatisierung und Modernisierung der Kraftwerke nicht beseitigt werden könnten.

Endgültige Antworten und fertige Lösungskonzepte konnten und sollten bei dieser Veranstaltung nicht vorgestellt werden, doch insgesamt herrschte unter den Teilnehmern der Diskussion eine überwiegend positive Stimmung. So etwa der Hinweis des Staatssekretärs Ahsan Iqbal, wonach einige der angesprochenen Themen, zum Beispiel Verbesserungen bei der weltweiten industriellen Standardisierung sowie im Umweltschutz, im 'Prime Minister's Quality Scheme' aufgegriffen worden seien.

Jürgen Clemens